



Barthle-Brief

Nr. 77

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

17.5.2013

Thema der Woche:

Erfolge werden von Woche zu Woche sichtbarer

Regierungserklärung von Bundesverteidigungsminister de Maizière zur Neuausrichtung der Bundeswehr

Zum Stand und zu den Perspektiven der Neuausrichtung der Bundeswehr – rund drei Jahre nach ihrem Start – äußerte sich Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag. Bevor er zum eigentlichen Thema seiner Rede kam, erinnerte er, wie vor ihm bereits Bundestagspräsident Norbert Lammert, an den deutschen Soldaten, der am 4. Mai in Afghanistan gefallen ist. „Wir trauern um diesen Kameraden, sind in Gedanken mit den Angehörigen, mit denen der Generalinspekteur und ich auch sprechen konnten. Der Tod unseres Soldaten, wie aller Gefallenen, ist uns Auftrag und Verpflichtung für unsere Arbeit in Afghanistan, in allen Einsätzen. Und auch in Deutschland, auch im Grundbetrieb und auch in der Neuausrichtung.“

Diese Neuausrichtung sei keine weitere Etappe in einer Reihe von Reformen – sie „ist die grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage“, stellt de Maizière heraus. Sie sei nicht nur eine Strukturreform mit dem Aufbau, Umbau und Abbau von Behörden, mit Standortschließungen und Umgruppierungen von Einheiten und der Aussetzung der Wehrpflicht – sondern sie ist auch „ein geistiger Prozess, der das Selbstverständnis der Bundeswehr berührt. Sie ist ein tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr.“ Nicht nur aus nationaler Perspektive sei die Neuausrichtung elementar. „Als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas tragen wir eine Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt“, unterstreicht de Maizière. Die Neuausrichtung schaffe die Voraussetzung dafür, dass Deutschland seine internationale Verantwortung auch sicherheitspolitisch und militärisch erfüllen könne, ergänzt er. „Sie ist ein deutliches Signal an unsere Verbündeten und

Partner. Dort wird dies erkannt – und anerkannt.“ Demzufolge sei die Bundeswehr ein zentrales Instrument deutscher Sicherheitspolitik.

Dazu müsse sie über die passenden Mittel, die richtigen Instrumente, gut ausgebildete Menschen und eine nachhaltige Finanzierung verfügen, beschrieb er die Voraussetzungen für diese Aufgaben. Nur so könne sie der Politik ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Handlungsoptionen bieten. Das Prinzip „Breite vor Tiefe“ mache eine Arbeitsteilung mit den Bündnispartnern innerhalb Europas und der NATO „überhaupt erst möglich“, so de Maizière. Der Ansatz würde Deutschland verschiedene sicherheitspolitische Optionen offenhalten. „Wir müssen nicht alles können, aber viel“, stellte er heraus.

Um die Dimensionen der Reform deutlich zu machen, nannte der Minister ein paar wesentliche Eckdaten: Knapp 5.000 der 6.400 Organisationselemente werden umstrukturiert und sind direkt betroffen – die restlichen mindestens indirekt, beschrieb er. Welch ein hochkomplexes Gebilde die Bundeswehr ist, erläutert er anhand eines Vergleichs mit einem global agierenden Konzern „mit bisher 300.000 Mitarbeitern an rund 400 Standorten, mit Kampftruppe, einem Luftfahrtunternehmen, einer Reederei, einem Krankenhausverbund, einem Logistikunternehmen, mit einem entsprechenden Verwaltungsapparat“, führte er aus. „Ein solch komplexes Gebilde grundlegend zu verändern, ist überall schwierig“, betont der Minister. „Nur: Die Bundeswehr ist kein global agierender Konzern. Wir sind die Bundeswehr mit einem hoheitlichen Auftrag.“ Darüber hinaus gab de Maizière einen Überblick über den weiteren Zeitplan der Neuausrichtung:

„Spätestens 2017 wollen wir fertig sein“, betonte der Minister seine Zielvorgabe.

Die konkreten Etappen bis dahin sehen so aus: Bis Ende des Jahres sind über die Hälfte der neuen Organisationselemente arbeitsfähig. Die neue Führungsorganisation wird bis Ende 2014 vollständig eingenommen, Verbände und Dienststellen bis Ende 2016 umstrukturiert sein. De Maizière stellte weiterhin heraus, dass die geplanten Strukturen demografiefest seien und auf einer realistischen Personalplanung basierten. Gleichzeitig betonte er, dass die Bundeswehr mit Blick auf die Personalgewinnung vor großen Herausforderungen steht. Mit der Wirtschaft stehe man dabei nicht in Konkurrenz um die jungen Menschen.

„Wir sind Partner“, so de Maizière. Der Minister machte auch deutlich, dass die Neuausrichtung von Mitarbeitern und Soldaten sehr viel verlange: „Der Abschied von gewohnten Rollen und Aufgaben, von eingespielten Strukturen und Abläufen, von vertrauten Orten und Netzwerken, der Personalabbau und -umbau, all das kostet Kraft und führt teilweise zu Unsicherheiten“, unterstrich er. Enttäuschung und Kritik begleiten jeden Veränderungsprozess, so der Minister, der versprach, dass das „Wie“ der Neuausrichtung in Zukunft besser vermittelt werden müsse als bisher. „Erfolge bei der Umsetzung der Reform werden jedoch von Woche für Woche sichtbar“, hob er heraus. Und resümiert abschließend: „Auf diesem Weg sollten wir weitergehen. Ich will ihn mit möglichst vielen gemeinsam gehen.“

Neue Grundordnung für Banken steht

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag eine neue Grundordnung für Banken beschlossen. Nach intensiven Vorarbeiten verließ die christlich-liberale Koalition ihrer Überzeugung gesetzlich Nachdruck, wonach Haftung und Verantwortung auch an den Finanzmärkten nicht umgangen werden dürfen. Die Koalition tritt damit entschieden für die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft ein. Im Zentrum des von der Bundesregierung vorgelegten „CRD-IV-Umsetzungsgesetzes“ steht die Umsetzung der international verhandelten Basel-III-Regeln mit ihren schärferen Finanzierungsvorschriften sowie stärkeren Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten. Geschäftsleitungen und Aufsichtsräte haben sich höheren Qualitätsanforderungen zu stellen. Auch werden variable Vergütungen gedeckelt, um Auswüchse zu begrenzen. Ein weiterer wichtiger Baustein in der Bankenregulierungspolitik der Koalition ist die Verabschiedung eines nationalen Trennbankengesetzes. Damit wird für eine verbesserte Abschirmung des Kundengeschäfts von Risiken aus spekulativen Geschäften gesorgt. Zudem müssen die Banken Pläne für ihre eigene Sanierung und Abwicklung vorweisen, sogenannte Bankentestamente. Das Argument, eine Bank sei zu groß oder zu vernetzt für eine Insolvenz, verliert an Bedeutung. Mit diesem Maßnahmenbündel verleiht die Koalition dem internationalen Regulierungsprozess im Bankensektor weitere Impulse.

Durchbruch für die Endlagersuche

In dieser Woche brachte der Deutsche Bundestag das Gesetz für die Suche nach einem atomaren Endlager auf den Weg. In erster Lesung beschäftigten sich die Abgeordneten mit einem umwelt- und energiepolitischen Meilenstein, dem „Standortauswahlgesetz“. Möglich wurde dieser Durchbruch, der endlich Bewegung für die Festlegung eines Endlagers für radioaktive Abfälle aus Kernkraftwerken aus Deutschland bringt, durch eine historische Einigung. Bund und Länder haben unter der Leitung von Bundesumweltminister Altmaier die Grundlage für eine an der Sache orientierte Lösung gelegt. Mit dem Gesetz wird daher nicht nur die generationsübergreifende Aufgabe der sicheren und dauerhaften Lagerung der Abfälle angegangen, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Aussöhnung erreicht.

Wichtige Entscheidungen innerhalb des Auswahlverfahrens werden als Gesetz beschlossen. Das betrifft besonders die Frage der Erkundung von einzelnen Standorten. Auch die Entscheidung über den endgültigen Standort wird per Gesetz getroffen. Es gilt das Prinzip der „weißen Landkarte“, das heißt: Die Suche ist ergebnisoffen, ohne Vorfestlegungen oder Vorab-Ausschluss bestimmter Standorte. Nach dem Auswahlverfahren bis spätestens 2031 kann nunmehr der Bau des Endlagers starten.

EU-Beitritt Kroatiens beschlossen

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten am 9. Dezember 2011 einen Vertrag unterzeichnet, mit dem Kroatien als 28. Mitgliedstaat in die Europäische Union aufgenommen wird – unter der Voraussetzung, dass bis 1. Juli 2013 alle Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert haben. Bevor die Bundesregierung nun die Aufnahme Kroatiens in die Europäische Union ratifizieren kann, musste der Deutsche Bundestag in dieser Woche in namentlicher Abstimmung über zwei dazu vorgelegte Gesetzentwürfe entscheiden. Mit dieser Entscheidung kann die Ratifizierung des Beitritts zur Europäischen Union nun rechtzeitig vor dem 1. Juli 2013 in Deutschland abgeschlossen werden. Kroatien hat unter großen Anstrengungen viel für seinen EU-Beitritt getan, insbesondere seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005. Der aktuelle Bericht der EU-Kommission vom 23. März 2013 bestätigt die Beitrittsreife Kroatiens in vollem Umfang.

Aktuelle Stunde zum Tempolimit 120

In dieser Woche debattierte der Deutsche Bundestag in einer Aktuellen Stunde über die Forderung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel nach einem generellen Tempolimit auf Autobahnen. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer: „Sicherheit ist das ‚A und O‘ im Straßenverkehr. Jeder Verkehrstote und Verletzte ist einer zu viel. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich mit aller Kraft dafür ein, die Verkehrssicherheit in Deutschland zu erhöhen und dafür die richtigen Anreize zu schaffen. Dazu gehören unter anderem auch der Umbau von Unfallschwerpunkten, die Bereitstellung sicherer Infrastruktur sowie gute Rahmenbedingungen für intelligente Fahr-

zeugtechnik. Punktuelle Tempolimits sind sinnvoll, wo schlechte Sichtbedingungen herrschen oder andere Gründe die Verkehrssicherheit gefährden. Aber ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist nicht sinnvoll. Das ist reine Gängelei.“

Hintergrund: Mit der Forderung nach einem Tempolimit von 120 km/h unterbietet Sigmar Gabriel sogar noch die eigene Partei. Die SPD hatte sich in ihrem Parteitagbeschluss von 2007 auf 130 km/h geeinigt.

Fortsetzung erfolgreicher Pirateriebekämpfung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche der „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982“ zugestimmt. Bis zu 1.400 Soldaten sollen weiterhin bei der Operation Atalanta am Horn von Afrika eingesetzt werden können, solange das Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Bestand hat.

Zitat 1:

„Kein Mensch glaubt daran, dass wir in fünf Jahren die D-Mark im Portemonnaie haben. Sondern es geht um die Frage, welchen Euro haben wir in fünf Jahren im Portemonnaie. (...) Die Frage stabiler Euro oder weichgespült ist eine zentrale Frage.“

(CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe bei einer Konferenz der Deutschen Presse-Agentur mit zahlreichen Medienvertretern am Dienstag in Berlin)

Zitat 2:

„Ich finde fantastisch, was für ein Weltbild Sie haben. Sie haben ein so konservatives Gesellschaftsbild, dass es Ihre innere Überzeugung ist, dass der Staat, dass die Politik alles besser weiß als die Bürger. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die Diskussion führen, ob die Menschen wirklich ein Schnäppchenverbot, ein Sonntagsfahrverbot, ein Motorrollerverbot, ein Glühbirnenverbot, ein Billigfliegerverbot, ein Gentechnikverbot, ein Killerspielverbot, ein Nachtflugverbot, ein Rauchverbot, ein Heizpilzverbot, ein Fleischverbot an Wochentagen in Schulen und Kitas, ein Solarienverbot für Jugendliche, ein Alkoholverbot im ÖPNV, ein Grillverbot in Parks, ein Werbeverbot für Fahrzeuge mit hohem Benzinverbrauch, ein Alkoholwerbungs-

verbot, ein Flatrateverbot, ein Verbot von verkaufsoffenen Sonntagen, ein Verbot von Lichtverschmutzung, ein Verbot von Tieren in Zirkussen, ein Verbot von nicht energieeffizienten Kühlschränken, ein Verbot von getrenntgeschlechtlichen Toiletten, ein Verbot von Handy-nutzung in Kulturveranstaltungen, ein Verbot von Süßigkeitenwerbung im Umfeld von Kindergärten und ein Verbot von Stand-by-Funktionen bei Elektrogeräten wollen. All das steht im Programm der Grünen. Wir werden sehen, wie viele Menschen auf diese Weise erzogen werden wollen.“

(FDP-Generalsekretär Patrick Döring in Richtung Grüne in der Aktuellen Stunde zum Tempolimit am Mittwoch in Berlin)